



Wie der Vater so der Sohn ? Togo nach den Präsidentschaftswahlen 2005 Szenarien der politischen Entwicklung

Jan Niklas Engels
Juni 2005

Die Hoffnung vieler, dass nach dem Tode von Gnassingbé Eyadéma nun endlich auch in Togo ein demokratisches System entstehen würde, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Zwar musste die putschartige Inthronisierung seines Sohnes, Faure Gnassingbé, rückgängig gemacht werden, doch der zweite Anlauf durch demokratisch kaschierte jedoch dilettantisch manipulierte Wahlen könnte von Erfolg gekrönt sein.

Um einen Bürgerkrieg in Togo zu verhindern, haben sich die meisten Staaten mit dem offiziellen Wahlsieger Faure Gnassingbé abgefunden. Eine gefährliche Wahl des vermeintlich kleineren Übels, da so die Hoffnung auf einen demokratischen Wechsel in der Bevölkerung schwindet und langfristig mit einer gewaltsamen Regierungsablösung gerechnet werden muss. Die Bildung einer "Übergangsregierung der nationalen Einheit" könnte einen Lösungsweg darstellen für den auf der internationalen Ebene intensiver geworben werden muss. Dieser Kurzbericht zeigt drei mögliche Szenarien für die weitere politische Entwicklung in Togo und Handlungsoptionen für einen Demokratisierungsprozess auf.

1. Die Wahlvorbereitungen

Nach 38-jähriger Herrschaft starb am 5. Februar 2005 der togoische Präsident **Gnassingbé Eyadéma**. Kurz nach der offiziellen Verlautbarung der Todesnachricht erklärte das Militär seinen Sohn, **Faure Gnassingbé**, der bisher als Minister im Kabinett seines Vaters fungierte, zum neuen Präsidenten. Am Sonntag, dem 6. Februar, sorgte das eilig zusammengerufene Parlament für die hierfür erforderliche **Verfassungsänderung**.

Die Regionalorganisation **ECOWAS** sowie die **Afrikanische Union (AU)** intervenierten daraufhin und forderten eine Rückkehr zur Verfassung. Togo wurde als AU-Mitglied suspendiert, und der Druck auf Faure Gnassingbé zunehmend erhöht. Angesichts der Drohung eines Embargos gegen Togo, sowie eines Reiseverbotes für alle Staatsfunktionäre, gab Faure Gnassingbé scheinbar auf und trat als Präsident zurück. Entsprechend der ursprünglichen Verfassung wurden Neuwahlen innerhalb der 60-Tagefrist für den

24. April 2005 ausgerufen. Interimspräsident wurde der bisherige Parlamentsvizepräsident von Togo.

- Die maßgeschneiderte Verfassungsfalle -

Damit tappten ECOWAS, AU und die internationale Gemeinschaft, die sich stärkend hinter die Regionalorganisationen gestellt hatte, in die selbst aufgestellte Falle. Denn die **Verfassung** von Togo kann nicht als demokratisches Mustermodell bezeichnet werden, sie wurde für die Bedürfnisse des Herrscherclans **maßgeschneidert**. So war beispielsweise die Führungsfigur der Opposition, Gilchrist Olympio, von einer Kandidatur ausgeschlossen. Andererseits war bei der letzten Verfassungsänderung das Mindestalter für eine Präsidentschaftskandidatur gesenkt und damit der Weg für eine Erbfolge im Präsidentenamt geebnet worden.

Als fatal erwies sich die Verfassungsvorgabe, innerhalb von 60 Tagen Wahlen durchzuführen. Schon bald zeigte sich, dass die Wählerverzeichnisse veraltet und eine geregelte Verteilung der **Wahlkarten** nicht gewährleistet war. Viele Togoer berichteten, dass sie keine Wahlausweise erhalten hatten, da sie entweder nicht mehr im Wählerverzeichnis standen oder die Karte angeblich bereits abgeholt worden sei. In einigen Wahlbüros wurde sogar ganz auf Begründungen verzichtet und nur Wahlkarten an Regierungsanhänger verteilt. Die Statistiken zeigen, dass am Ende in den Hochburgen der Regierungspartei RPT, knapp 100% der Wahlkarten verteilt wurden, dagegen an der eher oppositionsdominierten Küste Togos nicht einmal 60% aller Karten verteilt worden waren.

Der Wahlkampf selbst war für die Opposition erfolgreich angelaufen. Die sogenannte "radikale" **Opposition**, bestehend aus sechs Parteien, hatte sich frühzeitig auf einen **gemeinsamen Kandidaten**, **Bob Akitani**, einigen können. Obwohl der 74jährige Bob Akitani unter anderem wegen seines hohen Alters nicht als die glücklichste Wahl galt, konnte die Opposition während der Wahlkampagne einen großen Teil der

Bevölkerung mobilisieren und eine fast euphorische Wechselstimmung erzeugen.

Die Möglichkeiten der **privaten Presse** über den Wahlkampf zu berichten, wurden von der staatlichen Medienkontrollinstanz HAAC kurz vor dem Beginn des offiziellen Wahlkampfes **stark eingeschränkt**. Sendungen mit Kandidaten oder deren Vertretern waren nicht zulässig, ebenso die Berichterstattung über die Wahlkampagne. Einige private Radiostationen, die trickreich Wege fanden trotzdem über den Wahlkampf zu berichten, wurden kurzerhand wegen nicht bezahlter Gebühren geschlossen.

- Ein desertierender Innenminister-

Der togoische **Innenminister** BOKO, der für die Wahlvorbereitungen verantwortlich war, sorgte wenige Tage vor der Wahl für Überraschung. Er forderte kurzerhand aufgrund ungenügender Vorbereitung eine **Verschiebung** der Wahlen. Es ist unklar, ob dies wirklich aus moralischen Beweggründen geschah, oder ob er eine Niederlage befürchtete und auf Zeit spielen wollte. Noch am selben Abend verlor er sein Ministeramt und flüchtete in die deutsche Botschaft in Lomé, deren Ruf als Oppositionsschutzburg sich damit zementierte.

Unbeirrt von den Berichten und den Protesten der Zivilgesellschaft und der Oppositionsparteien bezeichnete die **ECOWAS-Wahlbeobachtungsdelegation** die Wahlvorbereitung als regelkonform. Aufgrund des recht kurzen Zeitrahmens für die Wahlen hatten sowohl die Europäische Union als auch die Vereinten Nationen erklärt, dass sie keine Wahlbeobachter schicken würden.

2. Die Wahldurchführung

-Die hohe Schule der Wahlmanipulation-

Während die Stimmabgabe noch in gelöster Stimmung verlief, trafen schon kurz danach die ersten Berichte über **Wahlmanipulationen** ein. In einigen Wahllokalen gaben bewaffnete Soldaten in den Wahlkabinen den eingeschüchterten Wählern Anweisungen für die Regierung

zu stimmen. Anderswo wählten Minderjährige und Ausländer. Die Auszählung der Stimmen fand zumeist entgegen dem Wahlgesetz, welches eine sofortige und öffentliche Stimmzählung vorschreibt, unter Ausschluss der Zivilgesellschaft und der Entsandten der Oppositionsparteien statt. Versteckte Kameraaufnahmen, die von Fernsehsendern in den Nachbarländern ausgestrahlt wurden, zeigten Soldaten, die Urnen beschlagnahmten und Wahlzettel vernichteten. Das Fest- und Mobilnetz wurde durch das Militär ab dem Wahltag für mehrere Tage gestört, so dass eine koordinierte flächendeckende Wahlbeobachtung durch Oppositionsangehörige sowie zivilgesellschaftliche Kräfte nicht möglich war.

Auch wenn die zahlreichen Berichte der Opposition und Zivilgesellschaft über Wahlmanipulationen zumeist nicht überprüfbar sind und von der Regierung angezweifelt werden, so reicht allein ein Blick in die **offiziellen Wahlergebnisse**, um begründete Zweifel an den Ergebnissen zu äußern. So soll zum Beispiel die Wahlbeteiligung im hoch politisierten und eher der Opposition zugeneigten Lomé gerade einmal bei 44% gelegen haben, wogegen eine Wahlbeteiligung von durchschnittlich 93% in den der Regierung zugeneigten Regionen gemeldet wurde.

3. Das Wahlergebnis und seine Folgen

- Nigeria und der gordische Knoten -

Am Montag nach den Wahlen zeichnete sich überraschend die Perspektive einer **"Regierung der nationalen Einheit"** ab. Der nigerianische Präsident, Obasanjo, hatte sowohl Faure Gnassingbé als auch den Oppositionsführer Gilchrist Olympio in Nigeria zur Bildung einer Einheitsregierung ungeachtet des noch ausstehenden Wahlergebnisses bewegt. Der unausweichlich erscheinende Konflikt zwischen den offiziellen Wahlgewinnern und –verlierern schien verhindert. Doch schon wenige Stunden später erklärte Gilchrist Olympio, anscheinend auf Druck seiner Parteibasis mit der die Reise nach Nigeria anscheinend nicht abgestimmt war, die Vereinbarung als nicht bindend.

- Straßenschlachten statt Wahlparty -

Das vorläufige **Wahlergebnis** wurde durch die Wahlkommission CENI bereits am Dienstagvormittag verkündet, für westafrikanische Verhältnisse eine verdächtig schnelle Auszählung. Bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt knapp 64% wurde **Faure Gnassingbé** mit **60,22%** aller Stimmen zum Sieger erklärt. Der Kandidat der "radikalen" Opposition, **Bob Akitani** kam dabei nur auf **38,19%**. Kurz nach der Bekanntgabe der Ergebnisse wurden aus der Hauptstadt Lomé und später auch aus anderen Städten Unruhen gemeldet. Die anschließenden **Straßenschlachten** forderten bald die ersten Toten, da das Militär Schusswaffen einsetzte.

Weder die **über 200 Toten**, die togoische Menschenrechtsliga geht sogar von über 800 Toten aus, noch die **an die 20.000 Flüchtlinge** konnten im Endeffekt eine internationale Intervention provozieren. Ohne internationale Resonanz und Rückhalt bei den bewaffneten Kräften verpuffte der oppositionelle Widerstand schon nach wenigen Tagen.

- Das Imperium schlägt zurück -

Bereits am 28. April holte das Militär zum **Gegenschlag** aus. Oppositionelle wurden verfolgt und die Hochburgen der Oppositionskräfte von Militäreinheiten durchsucht. Wahre Horrorgeschichten machten schnell die Runde, nach denen nachts Familien in ihren Häusern aufgeschreckt, Frauen und Kinder aus dem Haus getrieben und den Männern in die Beine geschossen wurden. Glaubwürdig werden diese Gerüchte auch durch die Tatsache, dass viele Krankenhäuser und auch die Flüchtlingslager in den Nachbarländern etliche Menschen mit Schussverletzungen verzeichneten.

Im Zusammenhang mit diesen **Vergeltungsmassnahmen** steht auch der vermutlich von Milizen der Regierungspartei verübte Brandanschlag auf das **Goethe-Institut** in Lomé, als Reaktion auf die oppositionsfreundliche Außenpolitik der Bundesrepublik.

- *Stabilität vor Demokratie*-

Die **ECOWAS-Wahlbeobachtungsdelegation** bezeichnete die Wahl "trotz einiger Anomalien" als "insgesamt glaubwürdig". Einige Länder, darunter die USA und Kanada, äußerten sich kritischer zum Wahlverlauf. Dennoch schienen bereits nach wenigen Tagen die meisten Staaten Faure Gnassingbé als neuen Machthaber anzunehmen.

Ein Sieg der Opposition wäre vom togoischen Militär nicht akzeptiert worden und hätte somit den sicheren Bürgerkrieg bedeutet. Zur Verhinderung eines weiteren Krisenherdes in der Region bedeutete für viele Nachbarstaaten die Akzeptanz von "Bébé Eyadéma" das kleinere Übel.

4. Drei Szenarien für die weitere Entwicklung in Togo

Die schonungslose Verfolgung der politischen Gegner von Faure Gnassingbé lässt fraglich erscheinen, ob sich die Strategie der internationalen Gemeinschaft einer Duldung seines "Wahlsieges" als die beste Lösung herausstellen wird. Die drei folgenden Szenarien sind für den weiteren Verlauf der Krise denkbar:

Szenario 1:

Faure Gnassingbé etabliert sich als neuer Präsident und die Herrschaft des Eyadéma-Clans wird für unbestimmte Zeit fortgesetzt

Faure wird dabei versuchen, sich als "moderner" Eyadéma zu inszenieren und durch kleinere Zugeständnisse, das Wohlwollen der internationalen Geber zu gewinnen. Er verfügt über die Rücken- deckung Frankreichs und auch die Nachbarstaaten scheinen ihn nun als "demokratisch legitimierten" Präsidenten zu akzeptieren. Die fortgesetzte Verfolgung von Oppositionellen als auch Details der ersten Amtshandlungen zeigen aber, dass sich an den Machtverhältnissen und der damit verbunden repressiven Politik gegenüber der Opposition und den systematischen Menschenrechtsverletzungen nichts ändern wird. Es ist gut vorstellbar, dass Faure sich aufgrund seines politischen Geschickes länger auf dem

Präsidentensessel halten kann, als viele heute annehmen.

Szenario 2:

Eine Regierung der nationalen Einheit bereitet Neuwahlen vor

Faure Gnassingbé hat sich zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit bereit erklärt. Auf Betreiben des nigerianischen Präsidenten und AU-Vorsitzenden Obasanjo setzt sich ECOWAS weiterhin vehement für diese Option ein und übt auf beide togoischen Seiten Druck aus. Einige moderate Oppositionsparteien, die sich bereits früher in erster Linie durch große Nähe zur Regierung auszeichneten, wie auch die Partei des designierten Premierministers Edem Kodjo, haben die Bereitschaft zur Beteiligung signalisiert. Entscheidend wird sein, ob auch die größte Oppositionspartei UFC unter der Führung von Gilchrist Olympio mit von der Partie sein wird. Ohne sie kann nicht wirklich von einer Regierung der "nationalen Einheit" gesprochen werden. In diesem Fall könnte die Regierungspartei RPT den Schwarzen Peter an die UFC weiterreichen, die als "Verweigerer" gebrandmarkt würde.

Die UFC-Führung könnte eine solche gemeinsame Regierung seinen Anhängern, die auch weiterhin vom Militär verfolgt werden, nur "verkaufen", wenn der Opposition wichtige Regierungsämter, wie bspw. das Amt des Premierministers, zugesprochen würden und gleichzeitig ein neuer (von der internationalen Gemeinschaft bzw. AU garantierter) Wahltermin für das Präsidentenamt festgelegt würde. Ein solches Zugeständnis von Seiten Faure Gnassingbés als auch eine entschlossene Unterstützung dieser Forderung von internationaler Seite ist allerdings sehr unwahrscheinlich.

Szenario 3:

In Togo kommt es zu einem Bürgerkrieg bzw. Putsch des Militärs

Die Opposition hat in der Hoffnung auf ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft die Ausschreitungen und die damit verbundenen Toten und Flüchtlinge bewusst in Kauf genommen. Nach dem

eher passiven Verhalten der internationalen Akteure könnte es durchaus sein, dass radikale Oppositionskräfte nun mit eigener Gewalt versuchen werden, weitere 40 Jahre Herrschaft des Eyadéma-Clans zu verhindern. Viele Exil-Togoer führen im Ausland erfolgreich Geschäfte und verfügen über einige finanzielle Mittel. Die Beschaffung von Waffen und Söldnern stellt in der west-afrikanischen Region ebenfalls kein Problem dar.

Der Führungskreis des togoischen Militärs besteht ausschließlich aus Angehörigen der Ethnie des Eyadéma-Clans. Diese Tatsache hat für den Machterhalt bisher eine wichtige Rolle gespielt, birgt aber langfristig auch die erhöhte Gefahr von Aufständen innerhalb des Militärs. Die Ereignisse nach den Wahlen haben gezeigt, dass Faure Gnassingbé zur Zeit das Militär gut unter Kontrolle hat, doch dies muss mittelfristig nicht so bleiben.

5. Externe Akteure als Wegbereiter aus der Krise?

Die historische Gelegenheit für einen demokratischen Regimewechsel wurde zunächst verpasst. Eine besonders unglückliche Rolle spielte dabei die Regionalorganisation **ECOWAS**, die zwar zuerst erfolgreich Neuwahlen durchsetzte und damit die Installation einer Erbmonarchie verhinderte, dann aber bei der Beobachtung der Wahlen versagte und sich nicht nur in den Augen der togoischen Opposition diskreditierte. Sollten die Vermittlungsbemühungen des nigerianischen Präsidenten Obasanjo doch noch erfolgreich sein und mit der Unterstützung der ECOWAS und der Afrikanischen Union eine **Übergangsregierung der nationalen Einheit** installiert werden, könnte eine ernsthafte Beschädigung des ECOWAS-Rufes als Krisenmanager eventuell noch einmal verhindert werden.

Aber auch die anderen internationalen Akteure sollten nochmals ihre bisherigen Positionen überprüfen und offensiver für eine Demokratisierung in Togo eintreten. Bisher hat nur das **Europäische Parlament** die schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Togo kritisiert und die Legitimität der Präsidentschaft von Faure Gnassingbé in

Frage gestellt. Der **EU-Entwicklungskommissar**, Louis Michel, erscheint dagegen unkritischer. Er forderte von Faure Gnassingbé als neuem Präsidenten die baldige Einhaltung der noch mit dessen Vater vereinbarten 22 Kriterien, die als Grundbedingung für eine Wiederaufnahme der Kooperation mit der Europäischen Union gelten. Michel erwähnte dabei nicht, dass genau diese Kriterien, die Punkte wie freie Berichterstattung durch die Presse oder Einbeziehung der Opposition zur Vorbereitung demokratischer Wahlen enthalten, in den letzten Wochen von der Regierungsseite ganz bewusst nicht eingehalten wurden.

Als positiv kann dagegen die Rolle der togoischen und westafrikanischen **Zivilgesellschaft** gewertet werden. Um für demokratische und friedliche Wahlen in Togo einzutreten, hatten sich eine Vielzahl von togoischen **Nichtregierungsorganisationen** und **Gewerkschaften** als Kollektiv zusammengeschlossen und haben durch **Sensibilisierungskampagnen**, **Verlautbarungen** und **Demonstrationen** den gesamten Wahlprozess konstruktiv, wenn auch letztlich erfolglos, begleitet. Auch auf regionaler Ebene haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen durch die kritische Begleitung des Wahlprozesses ausgezeichnet, detailliert und fundiert auf Wahlmanipulationen und Menschenrechtsverstöße hingewiesen und es verstanden, auch einen gewissen politischen Druck aufzubauen. So hat Faure Gnassingbé inzwischen eine **unabhängige Untersuchungskommission** der Ausschreitungen nach den Wahlen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft eingesetzt. Auch auf der regionalen Ebene üben zivilgesellschaftliche Organisationen Druck auf die ECOWAS aus, um für Togo eine langfristige und demokratische Lösung zu finden.

-Demokratie entsteht nicht über Nacht-

Die Forderung nach **Demokratie** und Einhaltung der **Menschenrechte** darf nicht einer kurzfristigen **Stabilisierungspolitik** geopfert werden. Nur durch internationalen Druck auf das Regime von

Faure Gnassingbé und durch die Offenlegung der Wahlmanipulationen und Menschenrechtsverstöße kann der demokratische Prozess in Togo unterstützt werden. Die faktische Anerkennung eines nicht durch demokratische Wahlen legitimierten Präsidenten kann und darf nicht Teil einer **deutschen** oder **europäischen Afrikapolitik** sein. Eine solche de facto Anerkennung der Präsidentschaftswahl trotz dieser massiven Unregelmäßigkeiten sendet auch gefährliche Signale für die geplanten Parlamentswahlen in Togo. Unter diesen Umständen auf einen demokratischen Wandel durch die Parlamentswahlen zu hoffen, scheint angesichts des Verlaufes der Präsidentschaftswahlen, der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung von Oppositionsanhängern eine höchst fragliche Strategie. Eine Wiederaufnahme jeglicher europäischer **Entwicklungszusammenarbeit** außerhalb der Nothilfe und Projekten der

Demokratieförderung darf ohne grundlegende politische Änderung nicht in Frage kommen.

Eine demokratische Verfassung, unabhängige Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit sowie eine demokratisch kontrollierte Armee sind nur einige der **demokratischen Grundelemente**, die in Togo erst noch erarbeitet werden müssen. Eine Übergangsregierung unter Beteiligung aller politischen Kräfte könnte mit der Unterstützung der afrikanischen und internationalen Staatengemeinschaft diesen Kraftakt meistern. **Frieden** und **Stabilität** lassen sich am besten durch einen nachhaltigen **Demokratisierungsprozess** in Togo sicherstellen. Für diese Position muss weiterhin bei den westafrikanischen Entscheidungsträgern geworben werden, um einen weiteren Krisenherd in der ohnehin instabilen Region zu verhindern.

Ansprechpartner:

Uta Dirksen
Tel.: 0228-883 590
Fax: 0228-883 623
uta.dirksen@fes.de

Sabine Matambalya
Tel.: 0228-883 577
Fax: 0228-883 623
sabine.matambalya@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

Zum Autor:

Jan Niklas Engels ist Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Benin.

